

Liebe Kolleg*innen,

auch dieses Jahr war geprägt von Krisen; Ruhe und Entspannung waren kaum möglich. Auf das Ende der pandemischen Lage folgten steigende Kosten, ein Rekord-Hitzesommer, das Massaker der Hamas und der Krieg in Nahost. Diese komplexen Sachverhalte lassen sich meist nicht auf simple Erklärungen herunterbrechen und werden daher oft als überfordernd und belastend erlebt. In der Folge scheint es ein Muster zu sein, mit einfachen Parolen Politik auf Kosten von Minderheiten und Benachteiligten zu machen.

Falschinformationen, Vereinfachungen und Plattitüden werden genutzt, um Stimmungen aufzuheizen und Mehrheiten hinter sich zu vereinen; siehe hierzu nur die Aussagen von Friedrich Merz zur Gesundheitsversorgung von Geflüchteten. Diese sind gerade vor dem Hintergrund dreist, dass die Behandlung von psychischen Erkrankungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) kaum möglich und durch die fehlenden Strukturen bei der Finanzierung von Dolmetscherleistungen im Arbeitsalltag nicht realisierbar ist.

Die Haltung der LPK RLP ist klar: Sie steht geschlossen an der Seite von Benachteiligten und Diskriminierten. Sie setzt sich ein für ein Gesundheitssystem, das allen Zugang zur Versorgung gewährleistet. Die gegenwärtige Versorgungssituation sieht anders aus: Der Zugang zu Psychotherapie wird für alle durch lange Wartezeiten erschwert und wird noch problematischer, wenn z. B. Sprachbarrieren vorhanden oder Interdisziplinarität und flexible Strukturen gefordert sind.

Der Kammervorstand beteiligt sich daher auf verschiedenen Ebenen am gesellschaftlichen und politischen Diskurs und berät Entscheidungsträger*innen in verschiedensten Gremien. Sie können



Ulrich Bestle, Mitglied des Vorstandes der LPK RLP

sich in der neuen Rubrik „Über uns/Die LPK RLP in (politischen) Gremien“ auf der LPK-Homepage ein Bild davon machen. Neu hinzugekommen ist die Beteiligung im Landesbeirat für Migration und Integration, in den die LPK RLP von Katharina Binz (Integrationsministerin des Landes Rheinland-Pfalz) berufen wurde.

Ich wünsche Ihnen innerhalb der Krisen sachliche und respektvolle Diskussionen und einen Jahresausklang, der hoffentlich etwas Leichtigkeit mit sich bringt.

Mit kollegialen Grüßen

Ulrich Bestle
Mitglied des Vorstandes der LPK RLP

LPK RLP nun im Landesbeirat für Migration und Integration vertreten

Ulrich Bestle, Vorstandsmitglied der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz, wurde als ständiges Mitglied in den Landesbeirat für Migration und Integration berufen. Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin **Katharina Binz** drückte in ihrem Berufungsschreiben ihre Freude darüber aus, dass Herr Bestle sich zur Unterstützung „bei der wichtigen Aufgabe der Integration zugewanderter Men-

schen in Rheinland-Pfalz“ bereit erklärt habe. Sie verwies auf eine Formulierung aus der Präambel des Koalitionsvertrages: „Rheinland-Pfalz ist ein Einwanderungsland, in dem wir weiter Integration leben und Teilhabe auf Augenhöhe ermöglichen.“

LPK-Vizepräsidentin Frau **Dr. Andrea Benecke** wurde zu Herrn Bestles Stellvertreterin berufen.

Die Aufgabe des Beirates ist es, die Landesregierung in Fragen der Migration und Integration zu beraten und zu unterstützen. Als Expert*innengremium kann der Beirat zu Fragen der Migration und Integration gegenüber der Landesregierung Stellungnahmen abgeben sowie Anregungen, Vorschläge und Empfehlungen beschließen.

Digitale LPK-Fachtagung „Kinderschutz in der Psychotherapie“: Mehr Sitze für bessere Versorgung gefordert

In einer digitalen Fachtagung am 6. November 2023 widmete sich die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz dem „Kinderschutz in der Psychotherapie“. In verschiedenen Vorträgen wurde beleuchtet, welchen Beitrag Psychotherapeut*innen zum Kinderschutz leisten können, wie man in der Praxis psychotherapeutisch mit Kindeswohlgefährdungen umgeht und welche Schutzkonzepte in psychotherapeutischen Einrichtungen nötig sind.

Katharina Binz, Familienministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, sprach ein Grußwort, in dem sie den wichtigen Beitrag der Psychotherapeut*innen zum Kinderschutz betonte: Diese seien zentrale Ansprechpartner*innen für Kinder und Jugendliche, die Gewalt erfahren haben, und trügen daher eine große Verantwortung im Hilfesystem. Um Betroffene gut zu versorgen, brauche es ausreichend Behandlungskapazitäten. Viel zu häufig bliebe sexuelle Gewalt unbeachtet, daher müsse eine „Kultur des Hinsehens und Zuhörens“ etabliert

werden. Die Ministerin dankte der Kammer für ihr Engagement auf diesem Gebiet und lobte die gute Zusammenarbeit.



Kerstin Claus bei der Veranstaltung am 6. November 2023 [Screenshot]

Auch **Kerstin Claus**, unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), konnte für ein Grußwort gewonnen werden. Sie mahnte, das Kindeswohl müsse stets im Fokus stehen und daher auch zeitnah nach erlebter Gewalt eine Therapie begonnen werden; eine schnelle Traumaintervention sei zentral. Um dem Anspruch auf therapeutische Hilfe gerecht werden zu können, müsse das Therapie- und Beratungsangebot ausgebaut

werden. Auch Frau Claus dankte der Kammer ausdrücklich für ihr Engagement und versprach: „Sie haben mich an Ihrer Seite“.

In ihrem Fazit zur Veranstaltung nannte Kammerpräsidentin **Sabine Maur** wichtige Aufgaben des Berufstandes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen: Nebenwirkungen, Abstinenzverletzungen und Behandlungsfehler sollten stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung, in Leitlinien und in der Supervision thematisiert werden. Darüber hinaus müssen Schutzkonzepte in ambulanten und stationären Behandlungseinrichtungen implementiert und Transparenz bezüglich der Beschwerdemöglichkeiten für Patient*innen hergestellt werden. Die Veranstaltung hat gezeigt, wie wirksam Traumatherapie ist und zudem deutlich gemacht, dass mehr Sitze für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen nötig sind, um die jungen Patient*innen zeit- und wohnortnah versorgen zu können.

Austausch zwischen LPK RLP und Mitgliedern des Gesundheitsausschusses des Landtages

Zu einem guten, intensiven Austausch über psychotherapeutische Themen kam es bei einem Gesprächstermin zwischen der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz und **Dr. Oliver Kusch**, Mitglied des Gesundheitsausschusses des rheinland-pfälzischen Landtags und Vorsitzender des Arbeitskreises Gesundheit der SPD-Landtagsfraktion. Die Kammer wurde bei dem Gespräch am 7. September 2023 durch Präsidentin **Sabine Maur** und Geschäftsführerin **Petra Regelin** vertreten. Themen waren unter anderem die bedarfsgerechte ambulante und statio-

näre Versorgung von psychisch kranken Menschen sowie die Weiterbildung von Psychotherapeut*innen. Herr Dr. Kusch sagte seine Unterstützung bei der Schaffung von Weiterbildungsstellen in Kliniken zu. Außerdem wurde vereinbart, gemeinsam gegen die Stigmatisierung von psychisch kranken Menschen vorzugehen, die sich leider zurzeit auch im politischen Rahmen immer wieder in Formulierungen einschleicht.

Am 11. Oktober 2023 empfingen Sabine Maur und Petra Regelin den Landtagsabgeordneten **Michael Wäschenbach**

zu einem Gesprächstermin in der Kammergeschäftsstelle. Herr Wäschenbach ist ebenfalls ordentliches Mitglied des Ausschusses für Gesundheit sowie Sprecher der CDU-Landtagsfraktion für Soziales, Inklusion/Teilhabe, Kinderschutz und Pflege.

Thema des angeregten und konstruktiven Austausches war auch in diesem Gespräch die psychotherapeutische Versorgung in Rheinland-Pfalz, insbesondere im ländlichen Raum, wo die Wartezeiten auf Psychotherapie mitunter besonders hoch sind.

LPK-Veranstaltung zu berufsrechtlichen Verfahren: Vorsitzende des Heilberufsgerichts informiert ehrenamtliche Richter*innen



V.l. n. R.: Petra Regelin, Saskia Kollarich, Dr. Bettina Freimund-Holler, Sabine Maur

14 Mitglieder der Landespsychotherapeutenkammer sind vom rheinland-pfälzischen Justizminister Herbert Martin zu ehrenamtlichen Richter*innen des Heilberufsgerichts Rheinland-Pfalz sowie des Landesheilberufsgerichts Rheinland-Pfalz berufen worden. Die Kammer hat am 14. September 2023 die neu berufenen ehrenamtlichen Richter*innen in einer digitalen Veranstaltung auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe vorbereitet. Frau **Dr. Bettina Freimund-Holler**, Vorsitzende Richterin des Heilberufsgerichts und Präsidentin des Verwaltungsgerichts, besuchte zu diesem Zweck die Geschäftsstelle der Kammer und referierte von dort aus für die Teilnehmer*innen.

Nach der Begrüßung durch LPK-Geschäftsführerin **Petra Regelin** gab Kammerjuristin **Saskia Kollarich** einen Überblick über die Art der bei der Kammer eingehenden berufsrechtlichen Beschwerden, stellte den Ablauf der kammerinternen Verfahren dar und schilderte den rechtlichen Rahmen, den die Berufsordnung definiert. Aufgrund der Besonderheiten des psychotherapeutischen Patientenverhältnisses ist stets eine juristische und fachliche Bewertung eventueller Verstöße erforderlich. Daher werden vom Heilberufsgericht berufene Kammermitglieder als ehrenamtliche Richter*innen zu den berufsgerichtlichen Verfahren hinzugezogen.

Frau Dr. Freimund Holler dankte in ihrem Vortrag den Teilnehmer*innen, dass sie sich zur Übernahme der ehrenamtlichen Tätigkeit bereit erklärt haben und betonte die große Bedeutung der fachlichen Expertise in der Rechtsprechung: „Wir als Juristen sind auf Ihre Kompetenz angewiesen und daher rührt Ihre besondere Verantwortung.“ Diese ergibt sich auch daraus, dass über die vor Gericht verhandelten Fälle per Mehrheitsentscheid abgestimmt wird, so dass es den ehrenamtlichen Richter*innen auch möglich wäre, die Berufsrichterin zu überstimmen. Dies war allerdings bisher nicht der Fall, da im Rahmen der Beratungen immer Konsensentscheidungen gefunden wurden.

Damit es gar nicht erst zu Verstößen gegen die Berufsordnung kommt, legt die LPK RLP viel Wert auf juristische Aufklärungs- und Präventionsarbeit. Frau Dr. Freimund-Holler machte deutlich, wie sehr sie das Engagement der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz in der Prävention berufsrechtlicher Verfehlungen durch Information und Beratung ihrer Mitglieder schätzt: „Ich kenne keine andere Heilberufskammer in Rheinland-Pfalz, die so viel tut, um ihre Kammermitglieder im Hinblick auf berufsrechtliche Vorgaben zu informieren und gezielt rechtlich zu beraten.“ Weitere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter www.lpk-rlp.de/Aktuelles.

Post-Covid-Ambulanzen in Rheinland-Pfalz: Landespsychotherapeutenkammer steht zur Unterstützung bereit

In Rheinland-Pfalz sind rund 80.000 Menschen von Beschwerden im Nachgang einer Covid-19-Erkrankung betroffen. Rund 1.500 der Patient*innen sind sehr schwer erkrankt. Viele von ihnen leiden unter dem chronischen Fatigue-Syndrom (CFS). Die damit einhergehende ständige Erschöpfung und körperliche Schwäche machen einen geregelten Arbeitsalltag unmöglich.

Um die Versorgung der Betroffenen zu verbessern, hat die rheinland-pfälzische Landesregierung im April dieses Jahres den „Runden Tisch Post-Covid“ ins Leben gerufen, der die Expertise verschiedener Akteur*innen des Gesundheitswesens bündelt und bedarfsgerechte Versorgungsstrukturen für Post-Covid-Patient*innen erarbeiten und begleiten soll. Ein zentrales Ergebnis ist der Aufbau von fünf Post-Covid-Ambulanzen

in Rheinland-Pfalz, in Koblenz, Mainz, Trier, Ludwigshafen und Kaiserslautern.

Auch die Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz ist Teil des „Runden Tisches Post-Covid“ und ist froh, dass die psychische Gesundheit von der Landesregierung mitgedacht wurde. Denn nicht selten geht eine Post-Covid-Erkrankung mit einer Beeinträchtigung der psychischen Gesund-

heit einher, beispielsweise mit einer depressiven Erkrankung oder Angsterkrankung. Zudem kann eine Post-Covid-Erkrankung schon vorab bestehende psychische Erkrankungen verschlimmern oder erneut aufkommen lassen. Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass es sich bei Post-Covid selbst nicht um eine psychische Krankheit handelt. Die Kammer warnt davor, zu psychologisieren – also die Symptome als rein psychisches Problem der Patient*innen einzuordnen. Die Grunderkrankung ist neuroimmunologischer Natur, psychische Erkrankungen können dann als Folge der Beeinträchtigung durch Post-Covid auftreten.

Die Post-Covid-Ambulanzen sollen die interdisziplinäre Versorgung von Patient*innen mit komplexer Post-Covid-Erkrankung in einem Netzwerk mit Facharztangeboten koordinieren und einen intensiven Austausch über die praktischen Erfahrungen bei der Versorgung ermöglichen. Die Landespsychotherapeutenkammer wird die Ambulanzen bei der Vermittlung psychotherapeutischer Behandlung unterstützen und die Kammermitglieder zum Thema Post-Covid fortbilden. In diesem Rahmen wird die Kammer am 31. Januar 2024 von 09:00 bis 11:00 Uhr eine Online-Fortbildung zum Thema „Post-Covid und Psychotherapie“ mit der

Referentin **Bettina Grande** anbieten. Psychotherapeut*innen können den Betroffenen wertvolle Unterstützung beim Umgang mit ihrer Erkrankung bieten: Die Patient*innen können in der Psychotherapie Strategien erlernen, wie Sie mit anhaltenden körperlichen Beschwerden, negativen Gefühlszuständen und chronischer Erschöpfung umgehen können. Sie lernen, ihre Ressourcen realistisch einzuschätzen und den Alltag an die Grenzen der eigenen Belastbarkeit anzupassen. Durch ihre Arbeit können Psychotherapeut*innen einen wichtigen Beitrag zur besseren Versorgung von Post-Covid-Patient*innen in Rheinland-Pfalz leisten.

Vertreterversammlung der LPK RLP am 7. Oktober 2023: Neufassungen von Hauptsatzung und Gebührenordnung beschlossen



Die Vertreterversammlung am 7. Oktober 2023

Am 7. Oktober 2023 fand die 4. Sitzung der 5. Amtsperiode der Vertreterversammlung der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz im Erbacher Hof in Mainz statt. LPK-Präsidentin **Sabine Maur** ergänzte den schriftlich vorgelegten Bericht des Vorstands über seine Tätigkeit. Unter anderem stellte sie die vielfältigen Aktivitäten der Kammer auf dem Themengebiet „Klimakatastrophe und psychische Gesundheit“ vor. Weitere Themen waren die Post-Covid-Ambulanzen und die Umsetzung der neuen Weiterbildung.

Im Anschluss stand ein Vortrag zum Thema „Zukunftsperspektiven: Berufsbild Psychotherapeut*in“ von LPK-Vizepräsidentin **Dr. Andrea Benecke** auf der Tagesordnung. Sie machte deutlich, dass das Berufsbild einem ständigen Wandel unterworfen ist und von allen

Berufsangehörigen mitgestaltet wird. Im institutionellen Bereich und in der Prävention sieht Frau Dr. Benecke neue Pfade, die von der Profession „angelegt und ausgetreten“ werden können. Psychotherapeut*innen stehen viele Zukunftsperspektiven offen, wenn sie neuen Herausforderungen offen und proaktiv begegnen, was auch nötig ist, um dem Versorgungsdilemma zu begegnen.

Nach dem Vortrag der Vizepräsidentin widmete sich die Vertreterversammlung der Hauptsatzung der LPK RLP. Änderungen des rheinland-pfälzischen Heilberufsgesetzes hatten Anpassungsbedarf in der Satzung nach sich gezogen. Die Vertreterversammlung beschloss einstimmig die erforderlichen Änderungen, unter anderem die Aufnahme der neuen Berufsbezeichnung. Des Weiteren wurde von der Vertreterversammlung eine Neufassung der Gebührenordnung diskutiert und einstimmig beschlossen. Der Vorstand informierte zudem die Vertreterversammlung über den aktuellen Stand des Haushalts, stellte den Haushaltsplan für 2024 vor und erläuterte Rücklagen, Liquiditäts- und Stellenplan, Einnahmen und Ausgaben. Im Anschluss

wurde der Gesamthaushaltsplan für 2024 sowie der Regelbeitrag 2024 von der Vertreterversammlung einstimmig verabschiedet.

Die nächste Vertreterversammlung wird am 27. April 2024 um 10 Uhr stattfinden.

Geschäftsstelle

Diether-von-Isenburg-Str. 9–11
55116 Mainz
Tel.: 06131/93055–0
Fax: 06131/93055–20
service@lpk-rlp.de
www.lpk-rlp.de

Der Vorstand und die Geschäftsstelle der Landespsychotherapeutenkammer Rheinland-Pfalz wünschen allen Mitgliedern und Kolleg*innen eine schöne Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr!